



Plädoyer für mehr Bürgerverantwortung!

Ambulant betreute Wohngemeinschaften nach vorne bringen

Dokumentation eines Fachtags am 7. Februar 2018 in Freiburg

Über 140 Personen hatten sich am 7. Februar 2018 zu der Tagung „Plädoyer für mehr Bürgerverantwortung“ in den Räumen der Katholischen Akademie in Freiburg zusammengefunden. Eingeladen hatte eine Veranstaltergruppe, bestehend aus der

- Landesarbeitsgemeinschaft ambulant betreute Wohngemeinschaften Baden-Württemberg e.V. (LaBeWo)
- Demenz Support Stuttgart gGmbH – Zentrum für Informationstransfer
- AGP Alter. Gesellschaft. Partizipation. Forschungsinstitut in Freiburg im Breisgau
- Studiengesellschaft für Projekte zur Erneuerung der Strukturen - SPES.

Teilnehmende waren Vertreter *innen von ambulant betreuten Wohngemeinschaften, Kommunen, Bürgervereinen, Sozialverbänden, Einrichtungen der Pflege und der Betreuung, der Wohnungswirtschaft und der Forschung.

Ziel der Veranstaltung war es, in einen Austausch über die aktuelle Situation beim Aufbau von Wohngemeinschaften in Baden-Württemberg einzutreten, Erfolgsindikatoren und Hindernisse zu identifizieren und Lösungsschritte zu skizzieren. Dem diente der explizit austausch- sowie arbeitsorientierte Charakter der Tagung.

Das Programm bestand aus drei Elementen:

1. Impulsvortrag
2. Arbeit in Workshops
3. Diskussionsrunde.

IMPULSVORTRAG

In seinem einleitenden Vortrag stellte Prof. Dr. Thomas Klie die Ergebnisse der vom AGP im Auftrag des BMG durchgeführten Studie Bestandserhebung, qualitative Einordnung und Handlungsempfehlungen zur Stärkung ambulant betreuter Wohngruppen – BequaHa-WG“ vor. In diesem Zusammenhang verdeutlichte er die anspruchsvolle („hybride“) Struktur ambulant betreuter Wohngemeinschaften, die er als zivilgesellschaftliches Element einer ‚sorgenden Kommune‘ definierte. Gleichzeitig wurde in dem Vortrag der erhebliche Entwicklungsbedarf deutlich, der in Baden-Württemberg aktuell noch mit Blick auf Wohngemeinschaften besteht.

Siehe http://www.demenz-support.de/Repository/Klie_ambWG_07_02_18_korr.pdf



INTENSIVER AUSTAUSCH/ARBEIT IN FÜNF WORKSHOPS

Kern der Freiburger Veranstaltung war ein intensiver Austausch- und Arbeitsprozess in insgesamt fünf Workshops. In zwei dieser Workshops stand eher die Perspektive von Bürger*innen und Kommunen, in den anderen drei eher diejenige von Trägern im Vordergrund. Alle fünf Workshops hatten jedoch die Aufgabe, die spezifische zivilgesellschaftliche Qualität von Wohngemeinschaften und des Engagements von Bürger*innen zu reflektieren.

Zentrale Diskussionspunkte, Erfahrungen und Lösungsvorschläge aus Sicht selbst- bzw. bürgerverantworteter Wohngemeinschaften waren:

Motivation

Um Bürger*innen für die Idee von Wohngemeinschaften zu begeistern, bedarf es auf kommunaler Ebene zum einen Informationsveranstaltungen zu diesem Thema (Was ist überhaupt eine ambulant betreute Wohngemeinschaft?), zum anderen sollte dies aber in weitergehende Partizipations- und Entwicklungsprozesse eingebunden sein. So können Zukunftswerkstätten „Wie wollen wir im Alter leben?“ die Bedeutung von WGs herausheben, vor allem aber die Bürger*innen real einbeziehen. Der spezifische ‚Mehrwert‘ von Wohngemeinschaften (geteilte Verantwortung, zivilgesellschaftliche Verantwortung) kann deutlich gemacht werden – nicht nur bei denen, die eine eigene Betroffenheit (z.B. in der Familie) mitbringen. Einblick in eine reale WG zu gewähren (Besuch, Hospitation, Einladung der ‚Macher‘) kann sowohl ‚erhellend‘ als auch motivationserzeugend wirken. Medien und Informationskampagnen können Türöffner werden.

Hürden und Stolpersteine

Der Begriff der Wohngemeinschaft wird oft noch mit falschen Vorstellungen verknüpft. Hier kann eine gute Öffentlichkeitsarbeit (s.o.) gegenwirken. Schwieriger ist aber eine fehlende Ermöglichungshaltung bei Behörden. So kann die Heimaufsicht mancherorts nur wenig mit dem Engagement von Bürger*innen anfangen und ist in alten Denkweisen und Routinen verfangen. Auch die von Landkreis zu Landkreis unterschiedlichen Beurteilungs- und Verfahrensweisen des Sozialhilfeträgers stellt eine große Hürde dar. Das schafft Unsicherheit und blockiert WG-Initiativen. Es ist schwierig, für eine WG geeignete und finanzierbare Immobilien, als auch Pflegedienste und Anbieter von Betreuungsleistungen, die sich trauen, an die Arbeit in einer WG und die Kooperation mit Bürger*innen heranzugehen.

Bewährtes und Förderliches

In Kommunen, in denen Entwicklungsprozesse („Wie wollen wir im Alter leben?“) als Bürgerbeteiligungsprozesse stattgefunden haben, ist es eher möglich, WGs zu initiieren und auf den Weg zubringen als andernorts. Das gilt ebenso für eine Herangehensweise der Initiatoren, bei der sehr frühzeitig alle wichtigen Akteure einbezogen und an Bord geholt werden (Ärzte, Pflegedienste, Heimaufsicht, Kommune usw.). Bestehende Altenhilfe-Netzwerke oder Bürgervereinigungen können



eine wichtige Rolle in dem Prozess spielen. Eine neutrale Beratungsmöglichkeit wird als positiv empfunden. Die Initiator*innen benötigen in jedem Fall ausreichend Zeit für Aushandlungsprozesse und Konsensbildung, eine kompetente externe Moderation und Begleitung des Entwicklungs- und Aufbauprozesses ist unbedingt erforderlich. Eine kommunale finanzielle Unterstützung (z.B. Förderprogramm der Stadt Stuttgart für selbstverantwortete WGs, Inhalt: Begleitung / Beratung / Coaching des Aufbauprozesses) ist hilfreich und notwendig.

Langfristige Einbindung der Bürger*innen

Eine nachhaltige Einbindung von Bürger*innen hat dann gute Chancen, wenn diese von Beginn an in Planungen und Prozesse eingebunden sind. Erforderlich ist eine klare Rollen- und Aufgabendefinition – diese muss gemeinsam von den Akteuren rund um die WG erarbeitet werden. Den Engagierten muss der Benefit ihres Engagements deutlich sein und sie müssen Wertschätzung für ihren Einsatz erfahren können. Eine gute Begleitung durch professionelle Unterstützer*innen ist ebenso erforderlich wie die Möglichkeit, sich für und in ihrem Engagement qualifizieren zu können. Wird an den konkreten Interessen und Talenten der Engagierten angeknüpft, erhöht das sowohl die Freude als auch die Verbindlichkeit und die Nachhaltigkeit des Tuns.

Lösungsvorschläge

Was braucht es, damit sich in Baden-Württemberg viele Bürger*innen, Angehörige von pflege- und/oder unterstützungsbedürftige Personen selbst von der WG-Idee begeistern lassen und den Aufbau von Wohngemeinschaften aktiv voranzutreiben?

- Es werden **einheitliche Verfahrensweisen von Behörden wie der Heimaufsicht** und dem Sozialhilfeträger benötigt. Die existierende Uneinheitlichkeit und Unterschiedlichkeit behindert WG-Gründungen und WG-Initiativen. WGs müssen überall für Menschen mit geringem Einkommen bzw. **Sozialhilfeanspruch** offen stehen. Hier muss das Land (Ministerium) stärker als bisher mit den beteiligten Stellen **einheitliche Regelungen und Verfahrenswege** entwickeln und beschließen.
- Statt der Notwendigkeit, zu einem sehr frühen Zeitpunkt eine Festlegung bzw. Entscheidung für eine der beiden im WTPG vorgesehenen Formen von Wohngemeinschaften (selbstverantwortet, trägergestützt) treffen zu müssen, sollte ein **flexibleres System** vereinbart werden, das dem realen Entstehungs- und Entwicklungsprozess von WGs besser gerecht wird.
- Das WTPG und seine zentralen Elemente soll für Bürger*innen und WG-Initiator*innen in einfacher Sprache zur Verfügung stehen.
- Eine **Handreichung/Arbeitshilfe für die Projektplanung und Projektsteuerung** von WGs sollte erarbeitet und Interessierten zur Verfügung gestellt werden.
- **Netzwerke und Regionalgruppen** von WG-Machern und Initiator*innen sowie Austauschtreffen und digitale Austauschformen sollen neuen Initiativen und Interessierten Hilfestellung leisten.
- Eine **unabhängige Beratungsstelle** soll ihnen effektive Unterstützung leisten.



Zentrale Diskussionspunkte, Erfahrungen und Lösungsvorschläge

aus Sicht trägerverantworteter Wohngemeinschaften waren

Motivation

Motivierend für Träger sind zum einen fachliche Aspekte: Der Versorgungsbedarf steigt und in der Fachdiskussion spielen Aspekte verstärkter Selbstbestimmung von Pflegebedürftigen und sozial-räumlicher Konzepte eine immer bedeutendere Rolle. Wohngemeinschaften können eine attraktive Ergänzung und Alternative zu traditionellen Wohn- und Pflegeangeboten darstellen. Insbesondere im ländlichen Raum und in kleinen Kommunen kann mit ihnen der Versorgungsbedarf gut abgedeckt werden. Für Träger spielen jedoch auch unternehmerische Aspekte eine wichtige Rolle bei der Entscheidung, sich im Bereich ambulant betreuter Wohngemeinschaften zu engagieren. Hier geht es vor allem um die Erweiterung des Angebotsprofils, um die Entlastung ambulanter Dienste, um Imagepflege, aber auch darum, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen.

Hürden und Stolpersteine

Trotz der benannten fachlichen und unternehmerischen Interessen zögern viele Träger jedoch noch, sich im Feld ambulant betreuter Wohngemeinschaften zu engagieren. Dazu tragen zum einen die Schwierigkeiten bei, geeignete und finanzierbare Baugrundstücke und Immobilien zu finden. Als besonders hemmend wird jedoch die aktuell noch völlig uneinheitliche und nicht kalkulierbare Praxis von Heimaufsichten und anderen relevanten Behörden erlebt. In jedem Landkreis werden das WTPG (Wohn-, Pflege- und Teilhabegesetz) und daraus abzuleitende Regelungen unterschiedlich interpretiert und angewendet. Dies gilt auch für die Praxis des Sozialhilfeträgers. Sofern diese Situation anhält, sehen die Träger kaum Chancen, sich im nennenswerten Umfang im Arbeitsfeld ambulant betreute Wohngemeinschaften zu engagieren. Der uneinheitlichen Praxis der Behörden steht nach Ansicht vieler Träger jedoch eine Überregulierung im WTPG gegenüber. Als Beispiel werden die Regelungen für Nachtwachen genannt.

Bewährtes und Förderliches

Wo trotz der genannten Hürden dennoch Wohngemeinschaften erfolgreich entstanden sind, ist der erste Impuls oftmals aus der Kommune oder aus der Bürgerschaft gekommen und ist die Kommune aktiv in den Prozess eingebunden. Dies gilt auch für die Kostenträger und die Heimaufsicht: auf sie ist man in der Regel sehr frühzeitig zugegangen und hat das Gespräch gesucht. Wo es eine solide vorangehende Bedarfsermittlung gibt und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird, hat eine Wohngemeinschaft eine gute Chance, erfolgreich realisiert zu werden.

Rolle der Bürger*innen

In selbstverantworteten Wohngemeinschaften spielen die Bewohner*innen bzw. ihre Angehörigen und engagierte Bürger*innen per se die tragende Rolle. Doch auch in trägerverantworteten



Wohngemeinschaften sollen eine starke Rolle spielen. Das bedeutet, sie frühzeitig in die Planungsprozesse einzubeziehen und eine transparente Klärung der Rollen zu leisten. Angehörige und Bürger*innen sollen klar definierte Aufgaben und Verantwortungsbereiche haben und die Verbindung zum Gemeinwesen gewährleisten. Als hilfreich haben sich auch von aktiven Bürger*innen getragene Fördervereine erwiesen, die Wohngemeinschaften auf vielfältige Weise unterstützen und den zivilgesellschaftlichen Charakter von Wohngemeinschaften betonen. Innerhalb der Wohngemeinschaft braucht es Arbeitsstrukturen, in denen die verschiedenen Beteiligten miteinander kommunizieren und in denen Aushandlungsprozesse erfolgen können (z.B. Koordinationstreffen).

Lösungsvorschläge

Was braucht es, damit in Baden-Württemberg ein Ruck durch die WG-Landschaft geht und sich viele Träger auf den Weg machen, den Aufbau von Wohngemeinschaften aktiv voranzutreiben?

- Einen **förderlichen rechtlichen Rahmen**. Analog zu bewährten Verfahren (z.B. in Hamburg) sollte die Entwicklung einer WG stärker als Prozess betrachtet werden. Zwischen den im Gesetz vorgesehenen Polen von selbstverantwortet und trägergestützt finden Entwicklungsprozesse statt, die sich einer zu frühen Festlegung widersetzen und Raum für diese Prozesse bieten müssen (atmender Prozess).
- Eine **verlässliche Finanzierungsstruktur**. Dazu zählen zuvorderst klare Verfahrensregeln für die Sozialhilfeträger. Hier ist das Sozialministerium gefordert, verbindliche und einheitliche Strukturen und Verfahren zu schaffen.
- **Einheitliche Verfahrensgrundlagen für die Heimaufsichten**.
- Ein **unabhängiges Beratungs- und Unterstützungsangebot** für Bürger*innen, Kommunen, Investoren, Wohnungsunternehmen und mehr. Eine Anbindung an oder Zuordnung zu Kostenträgern und Verwaltungsstellen läuft dem zuwider.
- Landesweite **Vernetzungs-, Lern- und Begleitstrukturen**.

Podiumsdiskussion

mit

- Bärbl Mielich, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg
- Steffen Jäger, 1. Beigeordneter beim Gemeindetag Baden-Württemberg
- Brigitte Herkert, Koordinationsstelle Ambulant Betreute WGs in Bayern
- Ulrike Petersen, Stattbau Hamburg, Hamburger Koordinationsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften

In der von dem Journalisten Burkhard Plemper moderierten Diskussion wurden die folgenden Aspekte diskutiert:



- Selbstverantwortete Wohngemeinschaften: Diese zu stärken war und ist das erklärte Ziel des WTPG (Mielich), das durch logistische, fachliche und auch finanzielle Beratung (?) weiter verfolgt werden soll. Gerade selbstverantwortete WGs benötigen externe Moderation und Begleitung, wie sie beispielsweise in Bayern regelhaft finanziell gefördert wird (Herkert).
- Ein abgestuftes und prozesshaftes System der Begleitung und der Einordnung von WGs, das gerade in der Anfangsphase mehr Luft und Durchlässigkeit schafft, ist vonnöten (Jäger). In Baden-Württemberg war dies bisher noch nicht in dieser Form angedacht gewesen (Mielich). In Hamburg und in Bayern hat man mit einem solchen ermöglichenden Rahmen sehr positive Erfahrungen gemacht (Petersen, Herkert).
- Es fehlt bisher im Land ein einheitliches Verständnis von ambulant betreuten Wohngemeinschaften auf Seiten der Behörden und der Verwaltung. Dies führt zu einer uneinheitlichen und die Initiator*innen und Träger von WGs behindernden Verfahrenskultur von Heimaufsichten und anderen Behörden. Gerade die Heimaufsichten benötigen einen klaren Rahmen, der ihnen Sicherheit gibt; sie müssen wissen, was politisch gewollt ist (Jäger). Von Seiten des Ministeriums will man damit beginnen, die Heimaufsichten in diesem Sinne zu schulen und zu unterstützen und auch auf ein gemeinsames Verständnis zwischen unterschiedlichen Stellen (z.B. Wirtschaftsministerium, Heimaufsicht) hinzuwirken (Mielich).
- Es darf keine Zweiklassenbehandlung der Bürger*innen geben: die einen könne sich einen Platz in der WG leisten, die anderen nicht (Mielich). Daher ist die Politik und ist das Sozialministerium gefordert, einheitliche Handlungs- und Verfahrensweisen mit den Sozialhilfeträgern zu entwickeln, die in allen Landkreisen und Kommunen Anwendung finden. Auch hier muss die Politik klar sagen, was sie will.
- Die Kommunen müssen noch stärker als bisher ihre Rolle als Anstifter und Moderatoren im Bereich der Entwicklung ambulant betreuter Wohngemeinschaften wahrnehmen. Prinzipiell ist diese Bereitschaft gegeben, die Kommunen benötigen hierzu aber auch die entsprechende finanzielle Unterfütterung, um diese Funktion wahrnehmen zu können (Jäger, Petersen). Die Stärkung der Kommunen wird vom Ministerium begrüßt. Mit dem Konzept der Modellkommunen und dem Ideenwettbewerb „Kommune 2020 – Quartiersentwicklung und Zivilgesellschaft ist dieser Kerngedanke aufgenommen worden (Mielich).
- Es muss eine unabhängige und neutrale Beratungsstelle geben, die ihre fachlichen Positionen gegenüber Ministerien, Bauträgern und anderen Stellen vertreten kann. Die Neutralität ist ein Kernelement für die erfolgreiche und nachhaltige Arbeit mit dem Ziel eines Ausbaus einer breiten Struktur ambulant betreuter Wohngemeinschaften. (Petersen, Herkert).

Die zentralen Botschaften bzw. Forderungen aus Freiburg waren:

- Klare Ansagen der Politik
- Einheitliches Verständnis von WGs
- Vertrauens- und Ermöglichungskultur statt Überregulierung
- Einheitliche Verfahrensregelungen für die Heimaufsichten und anderen Behörden (Bauämter usw.)
- Eine einheitliche Verfahrensregelung im Bereich der Sozialhilfe
- Ein flexibleres System der Begleitung und Einordnung von WGs – mehr Prozesshaftigkeit



- Regelmäßige finanzielle Unterstützung von WG-Initiativen (Begleitung, Moderation)
- Eine unabhängige und neutrale Beratungsstelle
- Eine Austausch- und Vernetzungsstruktur für WGs auf Landes- und auf regionaler Ebene.